Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 67 (1973)
Heft: 10

Artikel: Einige Überlegungen zum Nah-Ost-Krieg
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-142237

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 03.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

sade werden soll. Diese Bedingungen sind an der VPOD-Verbandstagung u. E. richtigerweise so formuliert worden:

Wer die Sozialpflicht, wirtschaftliche Entscheidungen einer demokratischen Kontrolle zu unterwerfen, nicht erfüllt,

wer die politische Demokratie nur dazu benützt, seinen privaten Maximalprofit ins Trockene zu bringen,

wer seine wirtschaftliche Macht dazu mißbraucht, das gesellschaftlich erarbeitete Vermögen dank der Beherrschung des Staatsapparates in seine eigene Tasche umzuverteilen,

wer die Demokratie nur dort spielen läßt, wo sie ihm nützt — der ist in Tat und Wahrheit ein Feind der freiheitlichen Bundesverfassung — der ist subversiv.

Diese am Verbandstag des VPOD vertretene Auffassung, als Antwort auf die offenen und versteckten Anwürfe der Unternehmerverbände und die Tendenz, auch unserer Behörden, die Bevölkerung vor vollendete Tatsachen zu stellen, ist höchst zeitgemäß.

Zusammenfassend geht die Forderung nach einer Mitbestimmung der lohnabhängigen Volksmehrheit, die das Entscheidungs- und Verfügungsrecht einiger Weniger über den gesellschaftlich erarbeiteten Besitz zu Gunsten der Vielen einschränkt. Wir sind aufgerufen, den Kampf für eine bessere Qualität des Lebens, für mehr demokratische Rechte am Arbeitsplatz und im Betrieb, im Unternehmen, in der Verwaltung und der ganzen Volkswirtschaft zu führen. Red.

Einige Überlegungen zum Nah-Ost-Krieg

Der Nahost-Konflikt ist nicht wie ein Blitz aus heiterem Himmel gekommen. Seitdem sich nach dem Zweiten Weltkrieg jene Polarisierung der Macht in zwei Supermächte herausbildete, konnte es nicht ausbleiben, daß sie an diesem neuralgischen Punkt aufeinander stoßen würden. .Noch nicht direkt, aber indem sie die Völker des Vorderen Orients manipulieren und so durch Stellvertretung einander bekämpfen. Einige Streiflichter genügen zur Kennzeichnung der Entwicklung.

1948 wird die Unabhängigkeit Israels proklamiert. (Die Sowjetunion gehört übrigens zu den Mächten, die den jungen Staat als erste anerkannten.) Ägyptische, jordanische, irakische und syrische Truppen dringen in Israel ein und werden vertrieben. Hunderttausende von Arabern werden von den Israelis ebenfalls aus dem Lande gejagt oder fliehen. 1949 kommt es zum Waffenstillstand — aber nicht zum Frieden.

1956 zieht Amerika das Angebot, den Assuandamm zu bauen, zurück. Nasser verstaatlicht den Suez-Kanal. Darauf unternehmen Israel, Frankreich und Großbritannien einen Angriff auf Ägypten. USA

und die Sowjetunion drohen mit Gegenmaßnahmen, sie dulden keine grundlegende Veränderung der Machtverhältnisse im Nahen Osten durch europäische Mächte. Die Sowjetunion baut den Assuandamm und sichert sich damit einen Stützpunkt in Ägypten.

Dadurch waren die USA gezwungen, gleichzuziehen und Israel militärisch zu unterstützen. Die unsicheren Grenzen und Guerilla-Überfälle von Palästinensern gegen israelisches Gebiet führten zum Blitzkrieg von 1967, der für die arabischen Staaten eine unerhörte Demütigung darstellt und in der Folge zu einer Verurteilung Israels durch den Sicherheitsrat und die Generalversammlung der UNO führte. Die Israeli sollten nach diesem Urteil alle eroberten Gebiete westlich des Jordans, die Sinai-Halbinsel und die Golanhöhen zurückgeben, was sie nicht befolgten. Sowohl Israel wie die arabischen Staaten wurden von USA und der Sowjetunion von neuem aufgerüstet.

Seit 1967, und zwar hauptsächlich im Gefolge des Vietnamkrieges, haben sich nun zwischen den beiden Großmächten Verhandlungen, die zu einer Entspannung führen sollen, angebahnt. Zweifellos ist darum der neue Krieg in Palästina und dem Sinai beiden Supermächten höchst unerwünscht. Der überzeugendste Beweis des russischen Mißfallens an kriegerischen Verwicklungen ist die Tatsache, daß sie schon 1971 Präsident Sadat daran hinderten loszuschlagen, was dazu führte, daß ihre militärischen Ratgeber aus Ägypten weggewiesen wurden. Die Sowjets verdarben ihr gutes Verhältnis auch mit den Syriern, indem sie ihnen zur Zurückhaltung rieten. Schließlich lieferten sie den Ägyptern hauptsächlich Verteidigungswaffen, obschon sie wußten, daß die USA Israel mit modernen Jagdflugzeugen versorgten.

Was die USA betrifft, gibt es für sie keine nationalen Interessen, die an Bedeutung besseren Beziehungen mit der Sowjetunion gleichkämen. Diese sind ihre beste Möglichkeit, einem nuklearen Zufallskrieg und damit ihrem Untergang zu entgehen. Es kommt ganz darauf an, ob die beiden Großmächte nun lernen, einander zu trauen, und dies zeigt sich am besten an der Art, wie sie Konflikte wie den Nahost-Krieg behandeln. Wenn sie für Kompromißlösungen zusammenarbeiten, können sie in der internationalen Politik eine radikale Wendung zur Sicherheit herbeiführen. Falls sie jedoch bei jeder Gelegenhet gegeneinander intriguieren, so werden solche kleinen Konflikte zu Kraftproben zwischen den Supermächten auf den gefürchteten Weltkrieg hin.

Die Amerikaner haben zudem einen weiteren triftigen Grund, einen Konflikt in diesem Gebiet zu vermeiden; nämlich ihren eigenen, wie auch Japans und der Westmächte wachsenden Bedarf an arabischem Öl.

Warum ist denn dieser Krieg überhaupt ausgebrochen? Die Lage im Nahen Osten war seit Jahren höchst unsicher geworden, trotz scheinbarer Stabilität. Wollte man jedoch heute die Lage vor Ausbruch

der Feindseligkeiten wieder herstellen, so wäre in ein paar Jahren eine weitere und noch größere Explosion fällig. Ein dauernder Friede in Nahost kann nur geschaffen werden, wenn jeder der Kombattanten bekommt, was für ihn am wichtigsten ist. Für die Israelis heißt dies: militärische Sicherheit. Für die Araber bedeutet es hauptsächlich die Rückgewinnung der im Sechstagekrieg verlorenen Gebiete. Für die Palästinenser schließlich bedeutet es wohl einen eigenen unabhängigen Staat auf dem Westufer — oder auf beiden Ufern des Jordans.

Die Situation vor dem gegenwärtigen Krieg bot den Arabern nichts von ihren Forderungen und keine Hoffnung für deren Erfüllung in der Zukunft, besonders nachdem die israelische Regierung große Teile des besetzten arabischen Gebietes zu besiedeln begann.

Noch viel auffälliger ist die Ungewißheit der Lage vor dem 6. Oktober für die Israelis. Sie haben jetzt erfahren, daß trotz scheinbar sicheren Grenzen die arabischen Staaten auf eine Art losschlagen konnten, daß es die Verteidiger schwere Verluste an Leben und Ausrüstung kostete. Und wenn der Krieg für die Israelis damit endet, daß sie wieder dort sind, wo sie waren, bevor er begann, so sind sie um nichts sicherer als vorher. Es ist doch ganz klar, daß die arabischen Staaten, immer reicher geworden aus ihren Öleinkünften, wieder zum Angriff übergehen würden, nur mit viel furchtbareren Waffen als je. Und sollten die Israelis versuchen, dem nächsten Angriff zuvorzukommen, so könnten sie erfahren, daß so viele Raketen von so vielen arabischen Ländern auf sie losgehen würden, daß eine relative Sicherheit, wie sie sie von 1967 bis 1973 genossen, für sie nie mehr zu erreichen wäre. Selbst eine Nuklear-Verteidigung böte unter diesen Umständen keinen Schutz mehr.

Was ist also zu tun? Es ist zwecklos zu erwarten, die zunächst beteiligten Staaten würden ihren Streit unter sich beilegen. Es gibt nur eine wirkliche Hoffnung für den Nahen Osten: Die beiden Supermächte müssen aufhören, durch Stellvertretung (by proxy) Krieg zu führen und anstatt dessen ihre Macht für eine faire Kompromißlösung einsetzen. Das heißt, sie müssen auf beide Kombattanten soviel Druck ausüben, als nötig ist, um sie zu zwingen, ein vernünftiges Abkommen auszuhandeln. Vor allem aber würde dies bedeuten, daß die beiden Supermächte gewillt wären, das erreichte Abkommen zu garantieren.

Dieser Vorschlag ist nicht so weit hergeholt, wie es den Anschein hat. Ein Kompromiß für eine Gebietsabtretung wäre wahrscheinlich leichter zu finden als man glaubt — der Status von Jerusalem dagegen dürfte die Hauptschwierigkeit darstellen.

Was für die Zukunft unabdingbar ist. ist die Präsenz einer starken internationalen Kontrollgruppe, die auf die Dauer auf der Sinaihalbinsel installiert ist. Sie muß versehen sein mit allen Transportmitteln zu Land, zur See und in der Luft, die nötig sind um die lokalen Kräfte

zu beaufsichtigen und in Schach zu halten. Der Kern dieses Kontroll-Detachements muß aus Sowjet- und USA-Bürgern bestehen. Sie sollen auf der Sinaihalbinsel Polizeigewalt ausüben und dafür sorgen, daß kein Staat die zwischen Israel und Ägypten vereinbarten Grenzen ändert, es sei denn, solchen Änderungen sei freiwillig zugestimmt worden.

Man wird einwenden, die Supermächte würden sich niemals zu so etwas hergeben. Tatsache ist jedoch, daß die Sowjets selbst genau diese gemeinsame russisch-amerikanische Überwachung auf Sinai vorgeschlagen haben. Es wird auch gesagt, wenn die Amerikaner sich plötzlich zurückziehen sollten, wären die Israelis ohne Schutz. Es ist aber höchst unwahrscheinlich, daß die Amerikaner ausgerechnet den Russen den polizeilichen Schutz des ölreichsten Gebietes der Welt überlassen werden.

Schließlich gibt es noch Leute, die erklären, sie würden eine sowjet-amerikanische Diktatur dieser Art nicht akzeptieren. Doch die Supermächte könnten ein Diktat nur auferlegen, wenn beide übereinstimmten. Wenn eine Maßahme versucht würde, die für einen der beiden unannehmbar wäre, so könnte der andere ein Veto dagegen einlegen. Solche Doppelkontrolle durch Supermächte eignet sich einzig und allein um den Status quo zu halten — aber in dieser Funktion wäre sie unangreifbar.

Der zweite Teil dieser Ausführungen wurde zum Teil dem Leitartikel des liberalen «Observer» vom 14. Oktober 1973 entnommen. Uns scheint, er enthalte diskutable und realistische Vorschläge für eine Beendigung dieses Krieges. Red.

Geringe Wirkung durch Entwicklungshilfe

Die in den fünfziger Jahren einsetzende Entwicklungshilfe — oft anfangs aus egoistischen Interessen gegeben — konnte, so ermittelte vor einigen Jahren der Bericht der Pearson-Kommission, die Schwierigkeiten der Entwicklungsländer beim Aufbau ihrer Wirtschaft kaum lindern. Die staatliche Hilfe der sogenannten Geberländer, die den Entwicklungsländern in Form von «Technischer Hilfe» und Kredithilfe zur Verfügung gestellt wird, umfaßt nur zwei Prozent des Gesamteinkommens der Entwicklungsländer und zehn Prozent ihrer Investitionen. Der von den Entwicklungsländern erreichte Zuwachs des Brutto-Inlandprodukts, der allerdings keinesfalls allein auf Entwicklungshilfe zurückgeführt werden kann, beträgt jährlich zwar knapp 4,8 Prozent, wird aber zum Teil bereits durch die Bevölkerungszunahme aufgezehrt. Das Einkommen pro Kopf erhöhte sich jährlich um weniger als 2,5 Prozent,